

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

218 (19.9.1919)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkasten monatl. 1.80 M., vierteljährl. 4.80 M., angefordert durch unsere Träger monatl. 1.70 M., vierteljährl. 5.10 M.; durch die Post 1.74 M. bezw. 5.22 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags; Geschäftszeit: 1/8-1/11 und 2-1/8 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 7spalt. Anzeigenzeile od. deren Raum 25 S., zuzügl. 80% Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestich 1/9 vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Graf & Cie., Karlsruhe.

Für Demokratie und Sozialismus gegen Terror und Kommunismus.

In dem von uns schon erwähnten Buche Karl Kautskys*) wird den Anhängern der Diktatur des Proletariats, den Gegnern parlamentarischer Arbeit und den Abwärtseuropäern von der Weltrevolution in schlagender Beweisführung folgendes geantwortet:

Das Streben nach Diktatur von links und rechts kann nicht zu einer wirklichen Diktatur führen, sondern nur zu Anarchie und völligem Ruin, der uns als jene „höhere Lebensform“, die auf diesem Wege „herorgearbeitet“ wird, den Kommunismus verleiht, wenn alle Produktion stoppt, alle Lebensmittel aufgebraucht sind.

Und noch ehe es so weit gekommen, können alle Versuche nach Einführung einer Diktatur nur als einzige ihrer Wirkungen eine Zunahme der Not und Brutalität mit sich bringen, mit der die politischen und ökonomischen Kämpfe ausgefochten werden, die Verneinung ihrer Opfer und die Unmöglichkeit jedes positiven Schaffens...

In einem Lande, in dem alle Klassen bereits zu regem politischen Leben erwacht sind, kann keine Partei, die eine Diktatur über sich selbst auszuüben will, ohne Gewalttätigkeit auskommen. Wie friedfertig ihre Absichten sein mögen, wie groß ihr Wille, durch die Diktatur nur die Kraft zu positiver Arbeit zu gewinnen, es wird bald, nachdem sie ihr Regime angetreten, von ihrem diktatorischen Gehaben nichts übrig bleiben, als die Gewalttätigkeit.

Den einzigen Weg, Gewalttätigkeiten zu vermeiden und zu überwinden, besteht darin, sie zu vermeiden, nicht die Diktatur... Die Nationalversammlung allein ist noch keine Demokratie. Aber wirklich ist keine Demokratie möglich, ohne eine aus dem allgemeinen, gleichen Stimmrecht hervorgehende Volksherrschaft.

Die einzige Institution, die heute noch einigermaßen das Reich zusammenhalten kann, bilden nicht die Arbeiterräte, nicht eine diktatorische Regierung, sondern nur eine von allen Teilen des Reiches bestellte Nationalversammlung.

Gewiß, die jetzige Konstituante bietet einen höchst unerfreulichen Anblick, aber wer hat ihre Mehrheit denn gewollt? Doch die „werkeltätige“ Bevölkerung, dieselbe, die die Arbeiter wählen soll, wenn diese zu einem System ausgebaut sind. Die Stimmen der unabhängigen Sozialdemokratie zur Konstituante bilden kein Zehntel der Nationalversammlung. Die arbeitenden Klassen bilden neun Zehntel der Nation.

Die Arbeiterräte bieten einen wesentlich anderen Anblick als die Nationalversammlung nur, solange sie bloß die Lohnarbeiter der Großindustrie umfassen. Als solche können sie ein vorwärtstreibendes Moment in der Politik werden, sind sie unentbehrlich für die Sozialisierung. Als solche allein aber vermögen sie die Nationalversammlung nicht zu ersetzen. Je mehr man das Nützlichste über den Bereich der Arbeiter der Großindustrie hinaus ausdehnt, je mehr es das gesamte werktätige Volk umfaßt, desto näher muß sein Zentrat der Nationalversammlung in seinem Wesen kommen, ohne doch seiner Mehrheit jene Autorität zu verleihen, die eine Mehrheit in der Nationalversammlung dadurch beibringt, daß sie für alle Welt offenkundig als Mehrheit der Nation erscheint.

Nichts irriger als die Behauptung, die auch wieder in den Thesen figuriert, die der jüngste Kongreß der „dritten“ Internationale in Moskau angenommen hat, als seien Parlamentarismus und Demokratie ihrem Wesen nach „bürgerliche“ Einrichtungen. Sie sind Formen, die den verschiedensten Inhalt haben können, je nach der Art und der Schichtung des Volkes. Mehrere in einem Parlament die bürgerlichen Parteien, dann ist der „Parlamentarismus“ bürgerlich. Und laugen diese Parteien nichts, dann laugt auch ihr Parlamentarismus nicht mehr. Aber das alles muß sich doch gründlich ändern, sobald eine sozialistische Mehrheit ins Parlament einzieht.

Nun sagt man, eine solche sei nicht möglich, auch nicht bei freier und völlig geheimer Wahlrecht, weil die Kapitalisten die Presse beherrschen und die Arbeiter kaufen. Aber wenn sie imstande sein sollten, auf diese Weise die Arbeiter auch nach einer Revolution, wie der jetzigen, zu kaufen, so müßten sie doch ebensogut die Wähler zu den Arbeiterparteien beeinflussen können.

Die Behauptung, für die Sozialisten sei auch bei freier und geheimer Wahlrecht und einem Ueberwiegen der Lohnarbeiter in der Bevölkerung ein Gewinnen der Mehrheit in einem Parlament ausgeschlossen, wegen des Einflusses der Geldmacht der Kapitalisten auf die Proletarier, heißt diese für eine feste und feste Bande von Analphabeten erklären, heißt den Vortritt der proletarischen Sache proklamieren. Wäre das Proletariat wirklich so erbärmlicher Art, dann könnte ihm keine Institution helfen, wie sein sie auch ausgestaltet sein mag, um ihm trotz moralischer und intellektueller Impotenz den Sieg zu sichern.

Wenn die heutige deutsche Nationalversammlung bürgerlichen Charakter trägt, so ist nicht zum wenigsten die bolschewistische Propaganda daran schuld, die weiten Arbeiterkreise, auch unter den Unab-

hängigen, von vornherein ein Mißtrauen gegen die Nationalversammlung einflößte, ihre Interessen am Wohlstand minderte, und die andererseits Arbeiterkreise, namentlich katholische, die im Begriff waren, sich vom bürgerlichen Gängelbände loszulösen, abfiel und sie wieder der bürgerlichen Führung überantwortete...

Wenn die Kommunisten behaupten, die Demokratie sei die Methode der bürgerlichen Herrschaft, so muß ihnen erwidert werden, daß die Alternative der Demokratie, die Diktatur, zu nichts anderem führt, als zur Methode des vorübergehenden barbarischen Faustrechts. Die Demokratie mit ihrem allgemeinen, gleichen Wahlrecht kennzeichnet nicht die Herrschaft der Bourgeoisie. Diese hat in ihrer revolutionären Periode nicht das gleiche Wahlrecht, sondern das Zensuswahlrecht eingeführt, in Frankreich, in England, in Belgien usw. Erst in langen und mühsamen Kämpfen hat sich das Proletariat das allgemeine und gleiche Wahlrecht erobert, eine ganz offenkundige Tatsache, die aber alle Kommunisten und alle ihre Freunde völlig verbergen zu haben scheinen. Die Demokratie mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht ist die Methode, den Klassenkampf aus einem Kampf der Häute in einen Kampf der Köpfe zu verwandeln, in dem eine Klasse nur siegen kann, wenn sie ihrem Gegner intellektuell und moralisch gewachsen ist. Die Demokratie ist die einzige Methode, durch die jene höheren Lebensformen hervorgebracht werden können, die der Sozialismus für den Kulturmenschen bedauert. Die Diktatur führt nur zu jener Art Sozialismus, die man den asiatischen genannt hat. Mit Unrecht, denn Wien hat einen Konfuzius und einen Buddha geboren. Eher könnte man ihn den tatarischen Sozialismus nennen.

Abgesehen von den grauenhaften Nachwirkungen des Weltkrieges, die natürlich die Hauptschuld tragen, ist es einem großen Teil der spaltenden und zerstückenden Tätigkeit der Kommunisten zuzuschreiben, ihrer Zerschmetterung der Kräfte des Proletariats in unfruchtbar Abenteuer, wenn die Arbeiterklasse Deutschlands aus ihrem Siege bisher so wenig Gewinn zog und es nicht verstand, die Demokratie in ausreichendem Maße zu einem Werkzeug ihrer Befreiung zu gestalten.

Das Proletariat der ganzen Welt gerät in Bewegung, und sein internationaler Daud wird stark genug werden, daß von jetzt an jeder ökonomische Fortschritt nicht mehr in kapitalistischem, sondern in sozialistischem Sinne erfolgt.

So wird der Weltkrieg sicher eine Epoche bedeuten, das Ende der kapitalistischen Gesellschaft, den Beginn der sozialistischen Entwicklung. Wir werden dabei nicht mit einem Satz aus der kapitalistischen in die sozialistische Welt hinüberbringen. Der Sozialismus ist nicht ein Mechanismus, den man nach einem voraus bestimmten Plane aufbaut und der dann, einmal in Gang gebracht, immer wieder in gleicher Weise abläuft, sondern er ist ein Prozeß gesellschaftlichen Zusammenwirkens, der seine bestimmten Geleise hat, wie jede Art gesellschaftlicher Tätigkeit, der aber innerhalb dieser Geleise die mannigfaltigsten Formen annehmen kann und einer Entwicklung fähig ist, deren Ablauf man heute noch nicht absehen vermag.

Auch heute noch haben wir keine „fix und fertigen“ Pläne durchzuführen. Was sich jetzt vollzieht, das ist die Freijegung der Elemente, die den Beginn der sozialistischen Entwicklung in Angriff zu nehmen haben. Will man das Weltrevolution nennen, weil es sich in der ganzen Welt vollzieht, dann stehen wir vor der Weltrevolution. Aber sie wird sich nicht vollziehen auf dem Wege der Diktatur, nicht durch Kanonen und Maschinengewehre, nicht durch Zerschmetterung der politischen und sozialen Gegner sondern durch Demokratie und Menschlichkeit. Nur so kommen wir zu jener höheren Lebensform, die hervorzuheben die historische Aufgabe des Proletariats ist.

Politische Uebersicht.

Die Frage der Regierungsbildung in Sachsen.

Der sozialdemokratische Parteitag für Sachsen lehnte einen Antrag, der bei der Regierungsbildung ein Zusammengehen mit den Demokraten wünscht, mit 52 gegen 13 Stimmen ab. Der ganze Landesvorstand und alle Anwesenden Minister hatten für den Antrag gestimmt. Dagegen wurde ein Antrag, wonach nochmals mit den Unabhängigen verhandelt werden soll, mit 59 gegen 24 Stimmen bei zahlreicher Stimmenthaltung angenommen. Der Antrag enthält zugleich die Erklärung, daß, wenn keine Einigung zustandekommt und dann eine Regierungsbildung mit den Demokraten nur möglich ist unter Preisgabe der demokratisch-sozialistischen Wirtschaftsgrundzüge der Sozialdemokratie, an die Entscheidung des Landes appelliert werden soll.

Im sächsischen Landtag haben Mehrheitssozialisten und Unabhängige die Mehrheit (42 Mehrheitssozialisten, 17 Unabhängige, 35 Bürgerliche), so daß sie zusammen eine durch keine bürgerlichen Prinzipien verdeckte Regierungspolitik betreiben könnten. Im Anschluß an die Revolution und bei Konstituierung des Landtags wurde dies ähnlich wie im Reich auch versucht, doch gelang es schließlich dem radikal-kommunistischen Flügel der sächsischen U.S.D. unter Geher, durch Austritt ihrer Genossen aus der Regierung durchzusetzen. Damit waren die Sozialdemokraten allein; trotzdem nahmen sie die unter solchen Umständen doppelt schwere Bürde des verantwortlichen Regierens auf sich. Am Montag

nun entging ihre Regierung nur mit knapper Not dem Sturz durch den Landtag. Die Demokraten verweigerten nämlich ihre Zustimmung zu dem von der Regierungsvorlage geforderten Gehalt des Ministerpräsidenten; ihnen schlossen sich die übrigen Bürgerlichen und auch die Unabhängigen an, so daß der Sturz der Regierung unvermeidlich schien. In letzter Stunde besannen sich aber die Bürgerlichen noch einmal anders und beschloßen, die Regierungskrise zu verlagern.

Daß unter solchen Umständen die Sozialdemokratie für die Dauer weder die Regierung halten noch ernstlich wesentlich praktische Arbeit in der Regierung leisten kann, ist klar. Das läßt auch die vernünftigeren Unabhängigen ein, so daß zu einer Landesversammlung der U.S.D. Sachsen die Frage zur ausführlichen Erörterung kam, worauf zwar die Teilnahme an der Regierung mit 37 gegen 29 Stimmen zunächst abgelehnt, aber folgende Bedingungen für Verhandlungen mit der Mehrheitssozialdemokratie gestellt wurden:

1. Beilegung des Belagerungszustandes und des Standrechts.
2. Entlassung der in Schutzhaft befindlichen Personen.
3. Amnestie für die wegen politischer Vergehen Verurteilten und Inhaftierten. Niederichlagen aller Strafverfahren die aus Anlaß des Belagerungszustandes eingeleitet sind.
4. Parität der beiden Gruppen in der Besetzung der Ministerien.
5. Keine Vertreter bürgerlicher Parteien in Ministerien.
6. Entfernung aller Reichstruppen aus Sachsen, Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der kassenbetreffenden Arbeiterkräfte.
7. Gezielte Regelung der Funktionen der Arbeiterräte als Organe der Selbstverwaltung der Gemeinden und der Betriebsräte als Hilfsmittel der Vervollständigung der Produktion und der Warenanstandes. Zusammenfassung der Arbeiter- und Betriebsräte in einen Landesarbeiterrat. Paragraph 20 des vorläufigen Grundgesetzes.)
8. Planmäßige Vervollständigung der Wirtschaft nach sozialistischen Grundzügen, die schrittweise begonnen und energisch fortgeführt werden muß. Ueberführung der wichtigsten Produktionsmittel und Betriebe der Industrie, Landwirtschaft, des Handels und Verkehrs in Staatsbesitz.
9. Verpflichtung der Regierung, im Sinne dieser Grundzüge auf die Reichsregierung einzuwirken.

Verständnisse dieser „Bedingungen“ sind von vornherein unerfüllbar; vor allem Punkt 6, der die Entfernung der Reichswehr aus Sachsen fordert, worüber natürlich nur die Reichsregierung zu entscheiden hat. Dann ist die Bildung von Volkswehren durch den Friedensvertrag verboten und deshalb unmöglich. Eine Umwidmung der Regierung in Sachsen muß alsbald erfolgen, wir glauben aber nicht, daß es möglich sein wird, mit den Unabhängigen, die unter Leipziger Führung stehen, zu einer Einigung vorläufig zu gelangen. Daher bedauern wir, daß der Antrag abgelehnt worden ist, die Demokraten zur Regierungsbildung heranzuziehen. Die Unabhängigen werden nunmehr von ihren unerfüllbaren Forderungen kaum Abstand nehmen, schon um die heutige Regierung gelegentlich zu Fall zu bringen. Den abzulehnen Beschluß der Landesversammlung halten wir für bedenklich.

Mordpläne und Sechse unter Reichswehroffizieren.

Der „Vorwärts“ berichtet über die Mißhandlung eines sozialdemokratischen Leutnants B. durch Kameraden in Potsdam. B. hatte in einer Versammlung des republikanischen Führerbundes am 15. September mitgeteilt, wie in den Offizierskafinos gegen die Regierung gehebt werde. Er hatte sich von gefährlichen Gesprächen Notizen gemacht und deren Inhalt vorgetragen.

Danach habe man im Potsdamer Kasino Pläne über die Ermordung Erzbergers geschwieben. Zum Schein war B. auf dieses Thema eingegangen, worauf ihm sofort von anderen Offizieren angeboten wurde, man würde ihn sicher über die dänische Grenze schaffen, falls er Erzberger ermorde. Mehrfach wurde B. gefragt, wann die Tat ausgeführt werde. Ein Aufklärungsoffizier gab schließlich Anweisung, die Mannschaften nicht vom Regierungstandpunkt, sondern vom deutschnationalen Standpunkt aus zu instruieren. Ein Hauptmann erklärte alle Sozialisten für Schweine, falls unter seinen Offizieren einer sein sollte. „So stände er ihm mit der Waffe zur Verfügung“. Auf die Frage, ob man der Regierung den Treueid leisten könne, wurde geantwortet: „Gewiß, man braucht ja nur drei oder fünf Tage vor dem Butsch aus der Reichswehr auszutreten, dann ist man gedeckt. Außerdem kommt es auf einen Meineid gar nicht an, der „Schweinehund“ Schweinemann hat ja auch einen geleistet.“

Als B. am nächsten Tage das Offizierskafino betrat, wurde er von einer Anzahl Offiziere bedrängt, an der Spitze und geschlagen. Besonders tat sich ein Leutnant de Thierry hervor, der B. ins Gesicht schlug und mit dem Fuß vor dem Unterleib trat. Der direkte Vorgesetzte des B. ein Hauptmann Uecker, redete B. an mit den Worten: „Sofort hinaus!“ und wies ihn aus der Kaserne. Von der Mannschaft wurde B. gewarnt, die Kaserne wieder zu betreten, da die Offiziere ihm ans Leben gingen. B. gibt zu, daß er keine Genehmigung verheimlicht habe, er habe dies jedoch im Interesse der Regierung getan, denn er habe bei seinem Eintritt den

*) Terrorismus und Kommunismus. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Revolution. Von Karl Kautsky. Preis 4 M. Verlag Neues Vaterland, Moskau u. Cie., Berlin W. 62.

Eindruck gehabt, mitten in eine Verwirrung hineingekommen. Er habe sich nicht zu erkennen gegeben, um dieser Verwirrung auf den Grund zu kommen, und sei erst hervorgetreten, als er einwandfreies Material zusammen hatte.

Das von V. gesammelte Material liegt dem Reichswehrministerium vor. Ein Verfahren gegen die Offiziere ist eingeleitet. V. soll Gelegenheit erhalten, seine Angaben als Zeuge unter Eid zu nehmen. Zu den Mitteilungen des „Vorwärts“ bringen die „Pol.-Parl.-Nachr.“ eine längere Erklärung der zuständigen Stelle.

Darin wird Leutnant Bieweg bestraft, in dem Offizierskorps der Inf. und Pioniertruppen in Potsdam bei jeder Gelegenheit demonstrativ seine radikal-reaktionäre Gesinnung bekundet zu haben. So soll er unter den Offizieren Anhänger für einen Putsch zur Wiederherstellung des Kaisers zu gewinnen versucht haben und deshalb von den Vorgesetzten zurechtgewiesen worden sein. Es soll ihm dabei gesagt worden sein, daß ein ehrlicher Mensch mit solchen Absichten unmöglich in der Reichswehr Dienst tun könne. Weiter soll Bieweg Propaganda für ein Judenpogrom getrieben haben. Auch die Drohungen gegen Erzberger seien einzig und allein von Bieweg ausgegangen und von dessen Vorgesetzten aus ernste Gerüchte hervorgegangen. Als in der Kaserne über Minister Erzberger gesprochen wurde, der damals in der rechtsradikalen Presse heftig attackiert wurde, erklärte Bieweg sofort, er werde den Minister totschießen. Er erklärte: „Ich gebe sogar mein Ehrenwort, diesen Mann.“ unterbrechen mit den Worten: „Halt, jetzt wird die Sache ernst, halten Sie das Maul. Man sagt oft etwas in der Kasse, was man nachher in Verwirrung nicht ansprechen kann. Wachen Sie das Wort sofort rückgängig, sonst müssen Sie es tatsächlich ansprechen, oder Sie sind ein Lump.“ Später ist Bieweg von einem seiner Kameraden wegen seiner Praxereien geküßt worden.

Wie im Falle Reinhard muß auch hier schnell und mit allem Nachdruck volle Aufklärung geschaffen werden. Wenn wir heute wie früher die Verurteilungen unserer Leutnants nicht allzu ernst nehmen so mehrten sich doch die Anzeichen einer stark unter den Offizieren verbreiteten Demoralisation. Wir sind überzeugt, daß vieles geändert und gebessert werden kann, wenn in froh gelaunten Fällen rücksichtslos eingeschritten wird. Die im Abstände begriffene unabhängige und kommunistische Strömung zieht neue und verderbliche Kraft aus solchen Vorgängen. Wir können nur hoffen, daß sie sich auch gegen renitente Offiziere bezogen.

Die Ziele des republikanischen Führerbundes.

In einer Versammlung des Republikanischen Führerbundes führte dessen Vorsitzender Leutnant Müller (Brandenburg) über die Ziele der Vereinigung aus: Die Reaktionskräfte arbeiten mit Bewußtsein auf die Wiederherstellung der Monarchie hin. Kommunisten und Unabhängige spielen mit dem Gedanken der Diktatur des Proletariats, ohne aus den Vorgängen in Rußland, Ungarn und München lernen zu wollen. Zwischen den Terroristen von rechts und links stehen die Massen des Volkes, das an diesem elenden Treiben nicht teilhaben will. Diktatur des Proletariats sei gleichbedeutend mit der Zertrümmerung des deutschen Wirtschaftslebens. Aber auch der Versuch der Aufrichtung der Monarchie würde das Chaos bringen, denn die breitesten Kreise des Volkes würden in demselben Augenblicke jede Arbeit verweigern. Die Reaktionskräfte könnten für sich den treueren Ruhm in Anspruch nehmen, in der Forderung des Heres mehr geleistet zu haben, als die Kommunisten. Das Treiben eines Teiles des Offizierskorps sei schuld daran, daß große Teile der Mannschaft vom kommunistischen Zerwahn infiziert seien. Es bestehe die Gefahr, daß im gegebenen Augenblicke die Reichswehr auseinanderbreche. Im weiteren Verlauf der Versammlung, in der die Abgeordneten Nutsche, Davidsohn, sowie Colin-Rohs sprachen, ergriff außerhalb der Tagesordnung Offizierstell-

vertreter Neuen dorff, von der Versammlung stürmisch begrüßt, das Wort, um sich gegen die gegen ihn gerichteten Angriffe zu verteidigen. Zum Schluß wurde eine Entschließung gefaßt, die besagt, daß der republikanische Führerbund getreu zur Republik stehe, entschlossen, sie mit allen Mitteln gegen die Reaktion von rechts und links zu verteidigen.

Der Auflösungsprozess der U.S.P.D.

Der Arbeitersekretär Mähr in Hof, der von der U.S.P. zum Stadtrat gewählt worden war, hat ihr dieses Mandat zur Verfügung gestellt, und ist zur sozialdemokratischen Partei zurückgekehrt.

In Bernburg mußten die drei Stadtverordneten der U.S.P. ihr Mandat niederlegen, weil sie für den städtischen Etat gestimmt hatten. Dieser bringt naturgemäß neue hohe Steuern, und die Unabhängigen wollten damit agitierten gehen. Daß ihnen dies ihre eigenen Führer verdrorben hatten, indem sie für die sachlich notwendigen Steuern stimmten, hat die Unabhängigen so ergrimmt, daß sie sie auf der Stelle abgejagt haben.

Frankreich.

Vom Sozialistenkongress. — Gegen den Friedensvertrag. — Aufrechterhaltung der Parteieinheit.

Die von der Resolutionskommission des sozialistischen Kongresses vorgeschlagene, nach lebhaften Debatten zustandgekommene Resolution hat diesen Wortlaut:

Der nationale Kongress, der von verschiedenen Föderationen über die Haltung von 11 sozialistischen Deputierten, die zweimal von der bürgerlichen Regierung verurteilt worden sind, erlassen hat, erinnert daran, daß die Verweigerung der Kredite einen grundlegenden Bestandteil der gesamten Erklärung der sozialistischen Organisationen vom 18. Januar 1915 ausmacht und deshalb auch die Grundlage der sozialistischen Einheit bilden muß. Der Kongress erneuert deshalb die klaren Beschlüsse, denen unter Ausschluss jeder besonderen und persönlichen Stellungnahme alle Genossen in voller Gewissenhaftigkeit zugestimmt haben, sie sich damit verpflichten, der Partei ihre lokale Unterstützung zu leisten. Die Erwählung der Partei im Parlament bilden eine einheitliche Gruppe gegenüber allen politischen bürgerlichen Parteien. Die sozialistische Gruppe im Parlament muß der Regierung alle Mittel verweigern, die die bürgerliche Herrschaft und ihre Erhaltung in der Macht sicherstellen. Sie muß infolge dessen die militärischen Kredite, die Kredite für koloniale Eroberungen sowie das gesamte Budget ablehnen. Wenn während des Krieges aus Gründen der nationalen Verteidigung die Anwendung dieser Grundzüge aufgehoben worden ist, so ist deren Gültigkeit sofort nach Abschluß des Waffenstillstandes durch den Kongress vom Februar 1919 wiederhergestellt worden. Die 11 Deputierten der Partei, die trotz dieser Bestimmung Kredite bewilligt haben, haben sich deshalb in schwerster Weise gegen die Parteidisziplin vergangen und der Kongress tadelt sie deshalb. Er macht sich die Entschließung der früheren Kongresse zu eigen, indem er erklärt, daß jeder sozialistische Erwählte, der die Kredite bewilligt, sich von selbst außerhalb der Partei stellt. Jede Zweideutigkeit wird als ein Vergehen gegen die Disziplin betrachtet und vor den Verwaltungsrat gebracht, der das Recht hat, die durch den in Frage kommenden Kongress bestimmten Ausschlußmaßnahmen zu ergreifen, die alsdann der betreffenden Föderation und der parlamentarischen Gruppe mitgeteilt werden unter der Zustimmung, daß jeder davon Betroffene das Recht hat, dagegen zu appellieren, wie es die Statuten der Partei vorschreiben.

Der Kongress erklärt, daß dieser Beschluß sich auch auf die Zustimmung zum Friedensvertrag, der durch die sozialistischen Genossen nicht ratifiziert werden dürfe, bezieht.

Die Resolution erinnert außerdem an die Notwendigkeit einer starken Disziplin, damit die sozialistische Aktion klar und einheitlich sei, und ermahnt, daß die einzelnen Föderationen bei der Auswahl der Kandidaten für die bevorstehenden Wahlen es als ihre Pflicht betrachten werden, die traditionellen sozialistischen Grundzüge sicherzustellen, jedoch im Geiste der Toleranz und im Interesse der sozialistischen Einheit handeln werden. In Anbetracht dieser abetenen doppelten Pflicht rechnet der Kongress auf die Föderationen, damit sie in voller Freiheit über das ihnen durch die Statuten zugehörige Recht verfügen und in diesem Sinne die Kandidaten auswählen. Im Falle von Schwierigkeiten, die sich ergeben könnten, gibt der Kongress dem Verwaltungsrat Vollmacht zu vermitteln, um die Interessen der sozialistischen Einheit sicherzustellen. Der Kongress gibt außerdem dem Verwaltungsrat den Auftrag, ein Manifest an die Arbeiter Frank-

reichs auszuarbeiten, damit die notwendige Einheit erzielt werde, und damit alle sich im Geiste des Parteiprogramms unter Berücksichtigung der nationalen und internationalen Ereignisse der Stunde einigen.

Die Resolution wird mit 1427 Stimmen angenommen. 400 Stimmen wurden für eine Tagesordnung abgegeben, die den Ausschluß der Abgeordneten, die die letzten Kriegskredite bewilligt haben, verlangt. Es ist besonders zu betonen, daß die französischen Sozialisten den Beschluß, daß weder Kredite noch das Budget bewilligt werden dürfen, während des Krieges außer Kraft gesetzt hatten, aus Gründen der nationalen Verteidigung, zu der sich die französischen Genossen entschließen bestimmten. Jetzt nachdem die Gefahr für ihr Land vorüber ist, nun treten sie wieder in schärfster Opposition gegen die bürgerliche Regierung. In Deutschland muteten uns aber die Unabhängigen zu, während der Gefährperiode den Krieg auch im eigenen Lande zu führen.

Schweiz.

Nein Ansluß an die dritte Internationale.

Basel, 18. Sept. Die Urabstimmung der Sozialisten über den Eintritt in die 3. Internationale ist beendet. Von den 50 000 Mitgliedern, die der Partei angehören, haben rund 20 000 an der Abstimmung teilgenommen, von denen 13 975 gegen, 6250 für den Eintritt sich ausgesprochen haben.

Ägypten.

Neuaufklaren der Revolution.

Beitrag, 18. Sept. Die Leitung des Ausschusses der nationalen ägyptischen Partei teilt den Wählern mit, daß die ägyptische Revolution von neuem eingeleitet habe. Die blutige Unterdrückung der letzten Erhebung in Ägypten durch die englischen Behörden habe zu einem Aufstande des ägyptischen Volkes ohne Unterschied der Klassen geführt.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 19. Sept. (Privattelegramm.) Die Zeppelinwerft baut angeblich ein neues Flugzeug, das die Fahrt Berlin-Friedrichshafen in vier Stunden zurücklegen soll.

Berlin, 19. Sept. (Privattelegramm.) Nach einer Meldung des „Berliner Lok.-Anz.“ will der sächsische Staat die großen Biskowitzer Kohlenlager, die nach Berechnungen außerordentlich reich an Braunkohle sind, jetzt aufschließen. Die Lager vermögen ganz Dilladischen und Dresden zu versorgen. Man hofft, schon im kommenden Winter die Kohlenversorgung verbessern zu können.

Berlin, 19. Sept. Wie der „Berliner Lok.-Anz.“ berichtet, ist in einem Teil des oberen Engadin, insbesondere in Sils-Marie und in der Gegend von St. Moritz gestern Nacht ein Erdbeben verheert worden. Die Erdbebenwarten der Schweiz verzeichnen zwei zeitlich voneinander getrennte Erdstöße.

Berlin, 19. Sept. (Privattelegramm.) Zur Lage in Romern läßt sich das „Berliner Tagblatt“ berichten, daß, wenn mehrere nicht gerade rosig genannt werden könne, so doch nicht so gefährlich sei, wie gewisse Kreise sie hinstellen möchten. Die Unruhen in Köln ständen in keinerlei Zusammenhang mit der Landarbeiterbewegung.

Dresden, 18. Sept. Ein verhängnisvolles Junterflugzeug stellte einen neuen Höhenrekord auf. Es erreichte mit acht Passagieren eine Höhe von 6740 Meter. Bei seinem Flug, dem als Sachverständigenratgeber der deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt Diplomingenieur Gsell beivohte, war das Metallflugzeug ausgerüstet mit einem 185 PS Höhenmotor der Cap. Motorenwerke.

Osag, 18. Sept. Nach dem „Nieuwe Courant“ sind durch eine Ueberbevölkerung im Texas Verwüstungen angerichtet worden. In der Nähe von Corpus Christi und an der Muecobsucht sollen mindestens tausend Leichen liegen, 30 000 Menschen sind obdachlos. Der Schaden wird auf vier Millionen Dollars geschätzt.

Wien, 18. Sept. Heute nachmittag fand unter dem Vorsitz des Staatskanzlers Renner eine Beratung über die unangenehme Kohlenlage Wiens statt. Es wurde beschlossen, daß vom 21. September ab der Straßenbahnverkehr vollständig eingestellt wird, daß alle Gasse und Kaffeehäuser sowie die Postanstalten um 8 Uhr abends geschlossen sein müssen und daß alle elektrischen Aufzüge außer Betrieb gesetzt werden.

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Diebig.

76 Nachdruck verboten.

Die Giotta hatte den Herrn Wikar heute am längsten aufgehalten. Ganz außer sich vor Freude war sie — ob etwa auch vor Eänaps? Wer konnte das jagen! Sie hatte den geliebten Herrn draußen auf dem Anger, immer wenn er sich schon zum Gehen gewandt, noch einmal am Neck gepackt und inbrünstig dessen Saum geküßt. Sie meinte und dachte: was hätte ich der Herr Wikar doch Gutes getan! Nun hatte der gnädige Gerichtshof gestern sein Urteil gesprochen — Röß Schefel hatte ihr's heut in aller Frühe verkündet, als er zum Sonntag eine Minderende gen Pryborowo fuhr — sie kriegte nun eine Jahresrente vom Niemescher! Von dem guten, dem gnädigen, dem wohlthätigen Herrn! Aber freilich, der Herr Wikar war doch noch besser — ohne den, was hätte sie da? Nichts! Nun aber konnte sie trinken, so oft sie Durst hatte, nun hatte sie den Himmel auf Erden schon!

Auf die Anie war sie gefallen, seine Stiefel wollte sie durchaus küssen; er hatte sich ihrer kaum erwehren können. Ein wenig erschöpft kam der junge Geizhals in der Propstei an. Er wuschte sich den Schweiß ab, und eine hohe Röte brannte auf seiner Stirn.

„Suzanna, bring ein Gläschen Ungarwein dem Herrn Wikar!“ rief Piotr Stachowiak.

Aber Gorka lehnte ab: nein, das würde ihn doch nicht laben! In seinen Augen, die ganz nach innen zu blicken schienen und doch so scharf auf die Außenwelt saßen, flackerte etwas wie Unruhe. Die Begegnung mit der Giotta war ihm unangenehm gewesen — wenn die sich nun ganz dem Trunke ergab, niemals mehr nüchtern wurde? War er dann nicht mitschuldig? Aber — er hatte doch nur das Beste gewollt! Ja, ja! Und konnte er sie nicht dazu bringen, das Trinken abzuschneiden, bei der heiligen Muttergottes oder irgend einer anderen heiligen Schutzpatronin? Gott sei gepriesen, ja, das konnte er!

Und was hatte nun die deutsche Anstiebersfrau auf dem Herzen? Mit besonderer Freundlichkeit begrüßte er dieje-

Frau Rettkan hatte doch immer noch eine gewisse Scheu — war es das ein wenig fremdländische seines Deutschsprechens, das sie einschüchterte? — verlegen suchte sie an ihrem Umhang zu fassen. Aber es half ja alles nichts, wer wußte sonst Rat? So hob sie an, die Not mit ihres Mannes Sohn zu kochen. Das Weinen kam sie an, als sie erzählte, wie jetzt der Junge veralle: höhlänglich sei er, ganz still, und nichts schmecke ihm.

„Jesus, oh Jesus!“ Tief beklümmert starrte sie auf ihre im Schloß gekletterten Hände. „Er wird doch mit die Schwindjucht kriegen wie sein Mutter selig, das Traut!“

Fast wollte es sie bedürfen, als wisse der geistliche Herr schon um ihr Leid, denn erkannt war er gar nicht darüber, daß einer der deutsch war, sich in ein polnisches Mädchen verlieben konnte.

„Warum will denn Ihr Mann durchaus nicht die jungen Leute zusammenkommen lassen?“ fragte er.

„Ja, ein — no, darum nit, weil — weil —“ verlegen stotterte sie. Es war ihr sehr peinlich, dem geistlichen Herrn, der doch selber Pole war, ins Gesicht zu sagen: „No, darum nit, weil sie polnisch ist!“

Aber, als ob der Wikar ihre Gedanken erraten hätte, sagte er jetzt mild: „Wir bieten gern die Hand. Es ist weder christlich noch kua, zu widerstreben, nur weil der eine Teil polnisch ist und der andere deutsch. Das sagen Sie nur Ihrem Manne!“

„Oh, ich darf ja mir riskieren zu sagen! Sie glauben nit, Godwürden, wie der dann falsch werden kann!“ Der Priester lächelte. „Liebe Frau, Sie verstehen es eben nicht, den rechten Zeitpunkt abzuwarten. Eine brave christliche Götter hat auch das Recht, ein Wort mitzuprägen, besonders in Herzensangelegenheiten und Erziehungsfragen. Hierin haben die Frauen nun einmal das bessere Urteil. Nicht wahr?“ Er nickte ihr freundlich zu.

Da wurde sie rot vor Scham über das Lob und bekam Mut. Ja, sie würde dem Peter nun aber auch etwas sagen, daß er lieber nachgeben sollte! „Wenn das Mädchen aber auch nur brav ist“, seufzte sie. „Ne, wenn ich wüßte, das sie den Jung nit wert ist, nie an nimmer tät ich mein' Sand derzu bieten; ich tät' mich ja der Sünd' fürchten! De Valentin ist ja so 'ne gute Mensch! Un am is de auch nit, de hat sein

Erteil von der Mutter selig. Et wär' zu schrecklich, wenn de Malheur fällt, de is wie zum Glück geboren!“

Der Wikar machte ein vermeidendes Gesicht: wie konnte sie nur so mißtrauen! Nach menschlicher Voraussicht machte ihr Sohn sein Glück mit dem jungen Mädchen, das brav, fleißig, gesund und gottesfürchtig war und aus einer wohlbeleumundeten achtbaren Familie stammte. Und liebte die Stasia Preskomski den jungen Mann nicht ebenio, wie der sie liebte?

Und nun erzählte der Seeliger der Aufstehenden, wie tief das Mädchen unter der Zurücksetzung, die ihr zuteil werde, leide, daß es aber viel zu viel auf sich hatte, um sündig mit einem Burischen zusammenzukommen, dessen Eltern sit durchaus nicht zur Schwiegertochter haben wollten.

Das gefiel der guten Frau wohl. Sie wurde ganz gerührt. Natürlich war es schwer für ein amtländiges Mädchen, sich so behandeln zu lassen! Sie hoffte es aber nun doch bei ihrem Mann durchzusetzen, daß er die Stasia wenigstens einmal fennen lernte. Dann würde sich das Weitere hoffentlich auch finden!

Ja, das hoffte der Wikar auch. Und als er ihr die Hand zum Abschied reichte, sprach er, ernst und doch freundlich: „Denken Sie daran, liebe Frau, daß Sie Ihren Mann immer zum guten bestimmen! Männer sind oft ein wenig rau, aber eine Frau, die ihren Mann liebt, kann vieles zum guten wenden. Und das bedenken Sie auch: was Gott anammern mag, soll der Mensch nicht scheiden. Ihr Sohn und dieses Mädchen kannten sich vor einem Jahre noch nicht, aber ihre Ehe war im Himmel bereits geschlossen. Wehe dem, durch welchen Aergernis kommt!“

Ganz erschrocken sah ihn Frau Rettkan an, seine Stimme hatte plötzlich so gesungen, als ob er drohe. „Wehe dem, durch welchen Aergernis kommt!“ — das hörte sie in einem fort auf dem Heimweg. Ja, der geistliche Herr hatte ganz recht, man darf nicht widerstreben, wenn Gott gesprochen hat!

Und sie stärkte ihre bange Seele in einem stillen Gebet. Ja, ja, es würde wohl schon das Rechte sein, wenn der Valentin das polnische Mädchen freile! Der Herr Wikar hatte es ja gesagt.

(Fortsetzung folgt.)

erzielt werde, unter Berücksichtigung der ...

ber nationalen ägyptische ...

unterfuchung ...

die Komitee ...

er die Hand ...

ne Stimme ...

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Verbot der Verarbeitung von Obst zu Branntwein. Da das immer noch bestehende Verbot der Herstellung von Branntwein vielfach überschritten wird, wird das Ministerium des Innern Nachforschungen veranlassen, ob und in welchem Umfang das Verbot übertreten wurde und gegen die Schuldigen unmaßsächlich einschreiten.

Badische Politik.

Die „Badische Landeszeitung“ hat gewaltig aufgeregt, weil unter Mannheimer Parteiblatt, die „Volkstimme“, aus Anlaß der Heimkehr der Kriegsgefangenen der bürgerlichen Presse folgendes ins Stammbuch geschrieben:

Ein Wort noch zu dem Empfang der heimkehrenden Krieger durch die Presse. Jetzt, nachdem der mörderische aller Kriege zu Ende ist, versucht ein gewisser Teil der bürgerlichen Presse darzutun, als ob sie kein Wässchen trüben könnte. Mit fulminanten Begrüßungsartikeln, mit Gebichten, die in den meisten Fällen so jämmerlich geschmacklos sind, daß man ob des Schmacks des betreffenden Schriftstellers ein gelindes Grauen bekommen kann, sucht man auf die „empfindlichen Gemüter“ der Zurückkehrenden einzuwirken.

Die „Volkstimme“, so fährt die „Badische Landeszeitung“ weiter fort, „weiß es und muß es wissen, daß die Presse während des Krieges unter scharfer Zensur gestanden hat, die nicht nur den bürgerlichen, sondern auch den sozialdemokratischen Zeitungen die Richtlinien für die Ausstellungen vorgezeichnet hat. Aber das geniert die „Volkstimme“ absolut nicht. Es muß eben gehen werden um jeden Preis, aber im Geist der neuen Zeit. Und das nennt man dann Ertragungsweisen der Revolution.“

Welch eine elende Heuchelei, sich nur für seine Kriegsheterie auf die Zensur berufen zu wollen. Ausgerechnet die „Badische Landeszeitung“, die doch in Annerkennung des Krieges in Durcharakter das Menschenmögliche während des Krieges leistete. Das Karlsruher Hurraheft bedurfte doch wirklich keiner Richtlinien für seine Ausstellungen; einen willigeren Soldatendichter haben ja Rudendorff und Anforten gar nicht gehabt. Es nißt den Herrschaften nichts, wenn sie sich vor den Gefangenen nun mit der Zensur überschreiden wollen. Die „Badische Landeszeitung“ gehört zu den Mittelschuldigen, die durch ihr Verhalten während des Krieges mit beitragen, daß das Los der Kriegsgefangenen sich verschlimmerte, und daß ihre Leidenszeit sich so unerträglich lange hinauszog. Wir betreten Wäldern vom Schicksal einer „Badischen Landeszeitung“, „Karlsruher Tagblatt“ usw. ganz entschieden jedes moralische Recht, zum Empfang der Kriegsgefangenen auch nur ein Wort der Begrüßung zu schreiben.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Bad. Landestheater. „Die Königsfinder“. Der Text — er stammt von einer unter dem Namen Ernst Moser existierenden Frau Dr. Bernstein — hat an diesem Märchen-drama nicht nur viel, er hat alles verborgen. Die Sprache, in der sich die beiden Königsfinder im 1. Akt besonders, unterhalten, ist von einer beispiellosen Unnatürlichkeit, die nur noch durch die unentwägliche gezwungene Handlung mit ihren humoresken literarischen Scherzen übertrifft wird. Schade, schade für die Musik Humpelbinds; er, der geborene Humorist im wahren Sinn des Wortes („Hänel und Gretel“), bringt musikalische Genialitäten, will neben den melodramatischen, ihm prächtig gelungenen Stellen, nach ihm folgende Melodien dringen, was aber der Text von vornherein verhindert, und schreibt dadurch zwar herrliche, aber wirkliche Deklamationsstücke. Keine Kinder, die man immer noch in dieses Stück mit ins Theater schleppt!

Die heutige Aufführung (wir berichten über die vom Mittwoch) spielte im Orchester unter Alfred Lorenz großen Säuwung. Die Bühne hat sich gegen früher nicht viel verändert, die Erleuchtungen sind auf dreifert. Peter Dumas' jenenische Leistung ließ sich für die Gänzlichkeitsäußerung nicht allzusehr, doch darüber läßt sich nicht einweden der Unmöglichkeit des Textes, über her vorragende gefangliche Leistung hinwegsehen. Helmut Neugebauer war als anderer Königsfind wieder der echte Künstler, der ganz in Spiel und Gesang aufgeht. Benno Jiegler's Spielmann suchte das Märchenhafte der Figur zu erfassen; das ist auch der einzig richtige Weg zu dieser besten Gestalt des Werkes. Die Hexe von Marie Fehle-Demmer war hümmlich wie darstellbar ganz ausgezeichnet. In kleineren Rollen seien Hellh Schläger, Gottfried Hagedorn und Karl Schell rühmend hervorgehoben. Die kleine Selma Margel sah zu nett als Besenbinderkind und von einer erstaunlichen Sicherheit. Der Weisfall galt den Darstellern, und ihnen mit Recht. Nicht ohne ein gewisses Schmerzergefühl verläßt man den Theater-saal, nicht weil die beiden „Königsfinder“ tot, sondern weil sie absterben sind!

Aus der Partei.

5. März, 17. Sept. Nächsten Samstag, 20. ds. Mts. abends halb 9 Uhr findet eine Mitglieder-Versammlung statt, in der Bericht vom Parteitag erörtert wird. Außerdem stehen noch andere wichtige Angelegenheiten auf der Tagesordnung. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder wird daher erwartet. Auch Freunde unserer Sache und Leiter der Parteipresse sind eingeladen.

h. Oberkirch, 17. Sept. Samstag, 20. ds. Mts., abends 1/8 Uhr findet im Greifenalle eine öffentliche Volksversammlung statt. Arbeitsminister Genosse Rüdert wird sprechen über das Thema: „Das neue Deutschland.“ Hierzu laden wir die Arbeiterchaft von Oberkirch sowie auch Bürger, Beamte und Anwohner hieher ein und bitten um zahlreiches Erscheinen.

r. Gengenbach, 18. Sept. In der gestrigen Parteiverammlung erstatteten die Genossen Wolfstädter und Fassendorf Bericht vom badischen Parteitag. Die beiden Redner gaben ein ausführliches Bild über die Arbeit des Parteitages und über die Richtlinien, die derselbe herausgegeben hat. Die Verammlung erklärte sich mit den Beschlüssen und der Taktik einverstanden. Zu der Bildungs- und Jugendfrage wird in einer späteren Verammlung Stellung genommen werden, ebenso über das Arbeitsprogramm im Winter. Die Genossen von der Bürgerausschüßfraktion möchten wir bitten, daß es für Gemeindevertreter eine Ehrenpflicht ist, jetzt, wo in jeder Verammlung über Kommunalpolitik gesprochen wird, die Verammlung am fleißigsten zu besuchen.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftskonferenz. Am 4. und 5. Oktober findet in Offenburg eine Konferenz der freien Gewerkschaften Badens statt. Auf der Tagesordnung stehen außerordentlich wichtige Fragen, wie z. B. die Errichtung von Volksbüros und Arbeiterkreditkassen, der Ausbau der sozialen Versicherung, die Entwürfe betreffend Betriebs- und Wirtschaftsrate und andere wichtige gewerkschaftliche Fragen.

Zur Teilnahme an der Konferenz sind berechtigt die Vertreter der Gewerkschaftskartelle, Vertreter von Zweigvereinen und Gewerkschaften, die in Baden ihren Dienstsitz haben. Zutritt haben, soweit sie in Baden ihren Dienstsitz haben, auch die Gewerkschaften der Kreise, die sich zu richten an das Gewerkschaftskartell Karlsruhe, Wilhelmstraße 47. Um Nachdruck in der Arbeiterpresse wird gebeten.

Aus dem Lande.

Bruchsal. Unfall. Von einem Glasdach am Bahnhof ist der Unfall-tourer von Unterwiesheim herabgestürzt. Neben sonstigen Verletzungen hat er beide Beine gebrochen. Er wurde ins Spital verbracht. — Außerdem wurde ein Epileptiker dahingeführt, der auf dem Steg über den Bahnhof einen Anfall erlitt.

Bretten. Ein Turnfest. Das am Sonntag abend im Saale der Stadt Bretten von der Freien Turnerschaft Bretten veranstaltete Fest muß als wohl gelungen bezeichnet werden. Der Besuch war ein so guter, daß gegen 1/2 Uhr schon der letzte Platz besetzt war. Punkt 8 Uhr begrüßte der Vorsitzende Turngenosse Moline die Festgäste und erzielte dem Referenten, Turngenossen Mengel, das Wort. Der in kurzen aber treffenden Ausführungen den Zweck und die Ziele des Arbeiterturnerbundes darlegte. Es folgte dann die ebenso spannend wie erregende Theateraufführung „Alte Schuld“. Das sichere Auftreten aller Mitwirkenden und das trefflich eingeleitete Zusammenspiel verhalfen dem Werte zu einer glänzenden Wiedergabe. Die turnerischen Aufführungen, Pyramiden usw., gaben ein Bild von der fleißigen Arbeit der Arbeiterturner. Die Übungen unserer Turnerinnen, insbesondere das Fliegenjähningen mit den neuen Landesfarben, schwarz-rot-gold, boten ein prächtiges Bild und fanden reichen Beifall. Nach der Abwicklung des reichhaltigen Programms spielte die Stadtkapelle noch einige Stunden zum Tange auf; alle Besucher dürften somit auf ihre Rechnung gekommen sein. — Das Fest soll am nächsten Sonntag für die Jugend zu einem ähnlichem Preis nochmals aufgeführt werden.

Stuttgart. a. Vorwärts in der freien Sportbewegung. In einer außerordentlichen Generalversammlung beschloß der auf der Spinn- und Weberei-Ettingen bestehende Turnverein mit 38 gegen 10 Stimmen den Beitritt zur „Freien Turnerschaft“. Bis her hand dieser Verein auf neutraler Grundlage und gehörte keinem Bund an. — Wir begrüßen den tapferen Schritt dieser beherzten mit freibeitlichem Geiste befehlten Turner. Möge er unter dem neuen Banner wachsen, blühen und gedeihen, um uns ein treuer Kampfer und Streiter für die freie Sportbewegung zu sein. Ein kräftiges „Frei Heil“ sei unser Brudergruß.

Mastatt. 1. Vortrag des Dr. Kraus. Vom Problem der sozialistischen Demokratie handelte der 2. Vortrag des Gen. Dr. Kraus. Die sozialistische Revolution war der Kampf um die bürgerliche Demokratie, der Kampf eines bereits kapitalistischen Bürgerturns gegen die Einrichtungen des Mittelalters. Die sozialistische Revolution brachte volle Freiheit für jeden einzelnen, ebenso dadurch über den Weg zur rückwärtslosen Entfaltung des Kapitalismus. Die Revolution vom 9. November brachte uns zunächst auch die bürgerliche Demokratie, die wir gemäß unserer Entwicklung schon längst hätten haben sollen. Die proletarischen Massen verlangen aber neben der bürgerlichen Demokratie die sozialistische Demokratie, sie verlangen, daß diejenigen Leute, die in der Wirtschaft arbeiten auch die Wirtschaft mitverwalten. Das ist der Sinn des Rufes nach den Räten. — Redner hielt das Verlangen nach einem Kulturparlament und einem Wirtschaftsparlament neben dem politischen Parlament für berechtigt, und geäußerte dann das Näherstehende nach russischem Muster, die Entwürfe einer Räteverfassung, welche die Unabhängigen beim Rätekongress in Berlin, sowie von unserer Partei Gen. Cohen ansprachen, und den Artikel 165 unserer Verfassung, welcher den Vorschlag des Gen. Cohen von der Reichsregierung unter nicht stichhaltigen Gründen abgelehnt wurde. — Die Aussprüche sind wieder eine reue und bewies, wie wichtig es ist, daß sich alle Arbeiter und Angestellten mit diesen Lebensfragen des Sozialismus befassen.

1. Reichsbund der Kriegsbefähigten. Morgen, Samstag, abends 1/8 Uhr findet im Gasthaus „Zur Linde“ die Monatsversammlung des Reichsbundes der Kriegsbefähigten, ehem. Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen statt. Da ein Vortrag über Mannschaftensvorrichtung und Hinterbliebenenangelegenheiten gehalten wird, ist der Besuch zu empfehlen.

1. Auskunft für Lungenkranke. Morgen Samstag, 20. 9. 1918, nachmittags 4-5 Uhr, findet im Bürgerhospital Beratungsstunde für Lungenkranke statt.

Baden-Baden.

Hotelverkäufe. Das „Hotel Fürstenhof“ wurde von seiner gegenwärtigen Besitzerin, der Badenia-Immobilien-Gesellschaft m. b. H., an die Rheinische Kreditbank veräußert, die sich mit der Absicht trägt, später ihre Büros in der hiesigen Filiale dorthin zu verlegen. Das „Hotel Russischer Hof“, Besitzer Herr J. Moersch, ging an Hotelier Lehmann-Strasbourg über.

2. Aus dem Stadtrat. Die überaus schwierige wirtschaftliche Lage der Stadt machte es notwendig, daß der Stadtrat sich in der letzten Sitzung eingehend mit dem Aufbau des Fremdenverkehrs beschäftigte, und in dieser Angelegenheit bereits mit den Vertretern der Hotelindustrie Fühlung genommen hat. Ganz besonders mußte er zugeben, daß die Qualität eines großen Teiles der Fremden sehr viel zu wünschen übrig lasse. Von allen Seiten liefen Beschwerden wegen ausgedehnter Samstags- und Schleichhandels durch die unwillkommenen Fremden ein. Der Stadtrat sah sich veranlaßt durch ein Verbot, das den sofortigen Stadtwegweis und strenge Bestrafung nach sich zieht dagegen einzuschreiten. — Die Luxusautos und die damit verbundene Verkehrsmittel zogen die Aufmerksamkeit des Stadtrates auf sich und er beschloß in dieser Angelegenheit beim Stadtrat vorzulegen zu werden, damit dort die notwendigen Maßnahmen in die Wege geleitet werden. — Den Kriegsbefähigten ehem. Kriegsteilnehmern wurde bei Benutzung der Straßenbahn eine Ermäßigung von 50 % eingeräumt. Die Blindenführer erhalten volle Freifahrt. Der Kriegshilfsauschuss wurde ermächtigt für die zurückkehrenden Kriegsgefangenen Herrenstoffe aufzukaufen. — Der Beirat der Oberrealschule wurde ernannt und dem Unterrichtsministerium 3 Mitglieder, darunter Genosse Bergner, vorgeschlagen. — Weiter wurde die unentgeltliche Abgabe von Bierreis für das Durchgangslager Mastatt genehmigt.

Aus dem Murgtal.

Bei einem Gewitter schlug gestern der Blitz im Murgtal wert ein, wodurch eine Störung des Leitungsnetzes vom Niederbrunn vertrat. Durch den Regen hat die Murg die nötige Wassermenge wieder erhalten.

Offenburg.

Aus der Arbeiterbewegung. Die Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages in der hiesigen Metallindustrie haben am 16. Sept. stattgefunden und sind ergebnislos verlaufen. Trotzdem vonseiten der Arbeiter den Meistern gegenüber Zugeständnisse gemacht worden sind, ist eine Verständigung nicht möglich geworden. Das Angebot der Meister war so, daß darauf ein weiteres Verhandeln unmöglich wurde. Auch haben die Meister dieses Angebot in Form eines Ultimatum als ihr letztes Wort bezeichnet, worüber sie prinzipiell nicht hinausgehen. Die Herren scheinen vergessen zu haben, daß in Deutschland leider schon viele Tummelplätze aus Prinzip gemacht worden sind. — Die Stimmung innerhalb der Arbeiterchaft ist äußerst gereizt und es sieht zu befürchten, daß auch Offenburg von einem Ausstand nicht verschont bleibt, wenn nicht bei den Herren eine bessere Einsicht Platz greift. Um kein Mittel zur Einigung unverzucht zu lassen, wollen die Arbeiter den Schlichtungsausschuss anrufen.

Mittelstandshilfe. Mit einem Mitglied des Sonderausschusses der Mittelstandshilfskassen werden wir auf folgendes aufmerksam gemacht: Gesuche um Darlehen an die Mittelstandshilfskassen des Kreises müssen im Interesse rascher Erledigung stets die Vereinfachungserklärung des Gemeinde- oder Stadtrates enthalten, ein Drittel des etwa entstehenden Ausfalles zu übernehmen. Gesuche von Personen, die nicht vor dem Kriege mindestens 1 Jahr selbständige Handwerker bzw. Geschäftsführer waren, sind nach den 3. Z. bestehenden Bestimmungen auszuweisen. Minderungen in dieser Hinsicht sollen auf dem nächsten Kreisstag angebracht werden. Anträge auf Gewährung von Beihilfen sind in der Regel zu stellen: a) von den Mitgliedern einer Kreditgenossenschaft bei dieser; b) von den Personen, welche eine Sparkasse, sonstige öffentliche oder private Kreditanstalt in Anspruch nehmen wollen, bei der betr. Verwaltungsstelle; c) im übrigen beim Gemeinde-(Stadt-)Rat der Gemeinde, wo der Antragsteller seinen Wohnsitz hat.

Mannheim, 19. Sept. Beim Lagerhaus Girch wurde im Rhein die Leiche eines 30-32 Jahre alten unbekanntes Mannes, welche nur mit einer Badehose bekleidet war, gefunden.

Mannheim, 19. Sept. Der Stadt- und Handelskammer Mannheim ist aus Amerika ein Vermächtnis von 15 000 Dollar zugefallen, was nach dem heutigen Markstand eine Summe von über 300 000 Mk. darstellt. Der Geber war der im März d. J. verstorbene Ludwig Dreufus von hier, der in früherer Jugend nach Amerika ausgewandert.

Konstanz, 18. Sept. Zwei Schieber machten sich hier durch einen großen Koffer auffällig. Als ein Schutzmann ihnen sein Augenmerk zuwandte, machten sie das Weite und ließen den Koffer zurück. Dieser enthielt ein Kilogramm Salvarian, das nach einem im Koffer vorgefundenen Brief zu 32 000 Mk. verkauft werden sollte, während der Preis des Heilmittels sich gegenwärtig auf 24 000 Mk. stellt.

Koblach, 18. Sept. Der am Dienstag morgen nach Nebelingen — Lindau abgehende Personenzug fuhr in der Station Spattlingen auf den dort aus Lindau kommenden Personenzug auf. Durch den Anprall wurde der Radwagen des Nebelinger Zuges schwer beschädigt. Außer einigen leicht verletzten Reisenden kam niemand zu Schaden. Der Zusammenstoß soll auf falsche Weichenstellung zurückzuführen sein.

Graufinger Hund. Dieser Tage stehen Aufräumungsarbeiten in Mühlbach (O.-Elsass) beim Aufgraben eines verfallenen Unterlandes auf die völlig unverrichteten Leichen von 10 deutschen Soldaten. Diese wurden 1916 vertrieben und sind entweder erstift oder verhungert. Zwei lagen auf dem Best, die andern acht hatten verücht, durch Graben mit den Händen einen Ausgang ins Freie zu machen. Beim Eindringen der Außenluft fielen die Leichen in Äsche zusammen.

Eine Demonstration in Konstanz.

Konstanz, 18. Sept. Das freie Gewerkschaftskartell forderte in einem Flugblatt die Arbeiterchaft zu einem Demonstrationzug auf heute mittag 12 Uhr auf. Einmal hundert Arbeiter zogen nach Antrachen der Führer vor das Rathaus, wo eine Abordnung sich in den Stadtratitzungsaal begab. Dort hatte der Stadtrat gerade eine Sitzung. Die Abordnung stellte neun Forderungen auf, worin u. a. die sofortige Ausweisung der Fremden innerhalb 24 Stunden die Herrichtung der Hotels zu Wohnungen, ein Ausfuhrverbot von Holz nach der Schweiz, die Beschlagnahme von Rosen belgischer Herkunft und ein Verbot für Bräutern und Auchen in den Bäckereien und Konditorien verlangt wurde. Als letzte Forderung verlangte die Arbeiterchaft von der Stadt gegen die geplanten Zug- und Schiffahrteinstellungen an den Sonntagen Stellung zu nehmen. Unter dem Zwang der Verhältnisse sagte der Stadtrat die Erfüllung sämtlicher Forderungen zu. Die Ausweisung der Fremden innerhalb 24 Stunden wurde angedeutet. Was den Sonntagsverkehr anbelangt, wird die Stadt ein Gehör der Arbeiterchaft an die Regierung befürworten. Die Demonstration verlief im übrigen ohne Zwischenfälle.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 19. September.

Oberbürgermeisterwahl.

Wie bereits berichtet findet heute nachmittags von 4-8 Uhr im großen Marktsaal die Wahl des Oberbürgermeisters statt. Der von der demokratischen Partei als Kandidat für diesen Posten vorgeschlagene Monheimer Bürgermeister Dr. Finter stellte sich nach Schluß der vorgestrigen Bürgerauskunftung den städtischen Kollegien mit einer kurzen Ansprache vor. Da von keiner Fraktion ein Widerspruch gegen diesen Vorschlag bekannt wurde, dürfte wohl Herr Dr. Finter mindestens mit Mehrheit gewählt werden. Nach Erledigung dieser Wahl dürften wohl in den nächsten Tagen auch die Wahlen der übrigen Bürgermeister ausgeschrieben werden.

Wo bleibt die Milch?

In einer Eingabe an das Ministerium des Innern macht der Landesverband der Milchhändlergenossenschaften Baden darauf aufmerksam, daß die Milchlieferungen nach den Städten seit einigen Wochen stark zurückgegangen sind. Der starke Rückgang der Milchlieferung kann nur zum geringen Teil eine natürliche Ursache haben, was schon daraus folgt, daß auch dieses Jahr mitten in der Grünfütterung das angelieferte Milchquantum nur knapp in die Höhe ging. Die Ursache des starken Rückgangs der Milchlieferungen erblicken die Milchhändler in der immer mehr zunehmenden Schleißabfuhr der Milch zum Stadteingang. In Mengen bis zu 20 Lt. täglich wird von einzelnen Familien die Milch zusammengekauft und im Schleißhandel weiterverkauft und das Vieh an den Wäldern zeigt deutlich, daß bald mehr Milch auf Schleißwegen in die Stadt kommt, als ordnungsgemäß angeliefert wird. Von vielen aus den Ferien zurückgekehrten Familien wurde bestätigt, daß sie während ihres Landaufenthalts so viel Milch haben konnten, als sie wollten, was doch gewiß ein Beweis ist, daß der Milchrückgang auf dem Lande nicht so groß sein kann, als er sich in den Städten fühlbar macht. Allmählich hat sich bei der städt. Bevölkerung die Meinung eingeschlichen, als sei das Milchholen auf dem Lande zum eigenen Verbrauch beherrschend gebildet und der Landwirt lebt auch in dem Glauben, als sei der eigenmächtige Milchverkauf halbwegs erlaubt. Manche Gemeinden liefern gar keine oder nur ganz wenig Milch ab, weil sie auf Schleißwegen höhere Preise erhalten und es ist zu befürchten, wenn nicht seitens der Regierung energische Maßnahmen ergriffen werden, daß die bis jetzt noch einigermaßen abliefernden Gemeinden auch noch angeleitet werden, keine Milch abzuliefern, wenn die jetzigen Zustände noch länger gebildet werden.

Der Vorstand des Landesverbandes der Milchhändlergenossenschaften Baden richtet daher die dringende Bitte an das Bad. Ministerium des Innern, durch erneute Bekanntmachung die Landwirte zur Ablieferung der Milch aufzufordern und bei Verzögerungen gegen Erzeuger und Verbraucher eintreten zu lassen. Ein Zusammenbruch der Milchversorgung der Städte wäre ein großes Unglück für die städt. Bevölkerung, er ist aber unvermeidlich, wenn nicht rasch Abhilfe geschaffen und dafür gesorgt wird, daß die Milch ordnungsgemäß in die Städte kommt. Solche Aufforderungen sind bis jetzt vonseiten der Regierung, der jetzigen, wie der früheren, schon ungenutzt geblieben. Alle diese Aufforderungen sind von jener Seite regelmäßig mit dem Begehren nach immer höheren Preisen beantwortet worden. Und man muß sagen, ein Teil der städtischen Bevölkerung leistet diesem Begehren ständig Vorschub mit seiner selbstthätigen Hamsterei und Ueberbietung der Preise, wogegen die Regierung mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln einfach machtlos ist. Sie kann ja gewiß diese Mittel verschärfen, dann würde aber auch wieder nicht recht sein. Schließlich wird sie aber doch zu den schärfsten Maßnahmen greifen müssen, wenn nicht Mord und Totschlag kommen sollen.

Sozialdemokratische Bürgerauskunft-Fraktion. Heute abend 1/7 Uhr Fraktionsitzung im St. S. S.

Arbeiterrecht und Beamtenrecht.

Zwei Schichten, Arbeiter und Beamten, stehen im Vordergrund der revolutionären Bewegung der Gegenwart, so führte Gen. Dr. Kraus am Freitag im „Apollo“ vor einer stark besuchten Versammlung von Eisenbahnbeamten und Staatsarbeitern aus. Der grundsätzliche Stellungswandel des Volkes zum Staate müßte gerade diese Schichten auf ihre Beine bringen. Alle Begleiterscheinungen, die übrigen Eigenart jeder Revolution sind, können abstrahierend auf schwankende Gemüter wirken; die Arbeiter und Beamten, die von der Notwendigkeit eines demokratischen Aufbaues innerlich überzeugt sind, werden bei der Mitarbeit auch in der Zukunft sich durch Radikalismus von rechts und links nicht abbrechen lassen. Die Völker, die auf monarchischem autoritären Grundsaß aufgebaut waren, sind im Weltkriege zusammengebrochen, während die demokratisch orientierten Völker hochgekommen sind. Das muß uns zum Durchdenken anregen. Die Ausübung der Regierung durch das Volk ist unerlässlich; jede Diktatur ist abzulehnen. Eine gesunde rechtzeitige Einordnung der Staatsbeamten und Staatsarbeiter und ihre Mitwirkung am Staatsleben nur kann uns vor weiteren Katastrophen bewahren. Sollte Diktatur die Arbeiter seinerzeit nicht beiseite geschoben, dagegen auf Durchführung der Soz. Wirtschaftsordnung hingearbeitet, dann wären die Fische von heute ausgeschliffen. Die staatsrechtliche Anerkennung der Gewerkschaften durch die Verfassung und die Einführung der Betriebsräte sind als große Fortschritte zu bezeichnen, wenn die Staatsbeamten und Staatsarbeiter, als die geeigneten Kräfte zum Wiederaufbau sich konsequent gewerkschaftlich organisieren und als mitverantwortliche Faktoren genau wie die Arbeiterklasse ihre Einordnung ins Volksleben vollziehen.

Über keine Institution ist seit Beginn der Revolution mehr geschimpft worden, als über das Beamtenum, oft mit Unrecht, weil Fach- und Sachkenntnis unbedingt notwendig ist, aber auch mit viel Recht. Eine Besserung ist hier nur möglich, wenn das Beamtenum von einem Fremdkörper im Volksleben sich zu einem lebendigen, willensstarken Faktor umarbeitet. Das Gute muß beibehalten, das Schlechte, was man als Bürokratismus bezeichnet, muß ausgerottet werden. Es muß mehr mit gesundem Menschenverstand, anstatt mit Altkennwürdigung, mehr mit sozialer Einsicht, gearbeitet werden. Man hat oft das Gefühl, daß obere Beamten nur da sind, damit es den Unteren nicht zu wohl wird. In ebensolcher Geminnung müssen Beamten und Arbeiter zusammenarbeiten. Viele Beamten entziehen sich der heutigen Bewegung, weil sie die Arbeiter nicht als gleichberechtigte Mitglieder der menschlichen Gesellschaft anerkennen wollen, obwohl sie sich sagen müßten, daß die Beamten nur zur wahren Bedeutung auf Grund der Handarbeit der Arbeiter gelangen können. Der Rastengeist muß ausgeremert werden. Die leitenden Beamten müßten, wie in Amerika und der Schweiz, wo sich das System seit Jahrzehnten bewährt hat, durch die Mitarbeitenden gewählt werden. Das Kollegialprinzip muß durchgeführt werden und die Unterscheidung in obere, mittlere und untere Beamte muß fallen. Anstelle des Vorgesetzten tritt der gewählte Betriebsleiter, dem der Betriebsrat zur Seite steht. Der Aufbau der Beamtenkammer und

der Hauptauschüsse muß durch Wahl von unten herauf erfolgen. Wer an eine Ruhe im deutschen Wirtschaftsleben ohne mitverantwortliche Mitarbeiter der Staatsbeamten und Staatsarbeiter glaubt, irrt sich gewaltig.

Die Beschäftigung des Beamten muß analog der des Arbeiters erweitert werden; daneben bedarf es des Ausbaus unseres sozialen Versicherungssystems, gleich für Beamten und Arbeiter. Ein Abgrund politischer Intereise im Beamtenum wird man oft mit Schrecken gewahrt. Hier muß gewaltige Erziehungswirkung einwirken. Die Beamtenklasse muß die Demokratie anerkennen, sich ihrer Selbstherrlichkeit, die ihr das monarchische System gegeben hat, begeben. Dann wird sie auch zu ihrem Recht auf Menschheitswürde kommen. O. B.

Das Urteil im Geiselmord-Prozess.

München, 18. Sept. Im Geiselmord-Prozess wurde heute Donnerstag nachmittag das Urteil gefällt. Die Angeklagten Fritz Seidel, Fritz und Schindlhofer wurden wegen zweier Verbrechen des Mordes zweimal zum Tode verurteilt, die Angeklagten Widl, Pürzel, Fehmer und Josef Seidel wegen Verbrechen des Mordes zum Tode, die Angeklagten Giel, Gell, Gessmann, Lermer, Hannes, Georg Huber und Rietzmaier wegen Verbrechen der Beihilfe zum Mord zu 15 Jahren Zuchthaus, sämtliche mit entsprechenden Ehrenstrafen. Die Strafverfolgung Petermaiers wurde als unzulässig bezeichnet. Die Angeklagten Widl und Schindlhofer wurden auf freien Fuß gesetzt. Die Angeklagten nahmen das Urteil, an das sich eine längere Begründung schloß, vollständig ruhig auf. Im Justizpalast waren heute besonders strenge militärische Vorkehrungsmassregeln getroffen worden. Der Militärtransport der Gefangenen erfolgte in abgeschlossenen Autos zwischen militärisch stark besetzten Kasernen.

Keine Vagnabiquana!

Berlin, 19. Sept. (Privattelegramm.) Verschiedene Morgenblätter erfahren, daß das bayerische Ministerium die Todesstrafe im Geiselmordprozess nicht in lebenslängliche Zuchthausstrafe umwandeln werde. Die Erschießung der sechs zum Tode verurteilten Angeklagten werde bereits heute abend im Strafgefängnis Stadelheim erfolgen.

Mit Wut und Entsetzen blickt die Welt auf die Ergebnisse des großen Prozesses wegen der Ermordung der Münchener Geiseln, der das Gericht in München nun seit Tagen beschäftigt. Was immer man auch sagen mag, von allen Erregten, die den Gang der bayerischen Revolution beobachtet haben, ist keiner mit so kalter wie bisherer Gewandtheit verfahren, wie dieser. Der Kommunismus bemüht sich, die arbeitende Menschheit zu ungesunden Höhen der Kultur hinaufzuführen, aber in den breitesten Massen der Bevölkerung wird ein Gefühl dafür lebendig, was es ist, wenn man das der Anfang sein soll, dann zu denken wir uns! Rechtfertigen wird das in München Geschehene kein rechtlich denkender normal empfindender Mensch. Zur Leitung der kommunistischen Sache wird man aber sicherlich ausführen, daß eine geistige Bewegung für Ausbeutungen, die im Zusammenhang mit ihr vorgekommen sind, nicht ohne weiteres beurteilt werden dürfen und daß Ausbeutungen auch auf der anderen Seite vorgekommen sind. Weides ist richtig, insbesondere soll nicht der geringste Versuch gemacht werden, zu verschweigen, daß während der Kämpfe gegen die Kommunisten und nach ihnen von verrosteten Soldaten Taten begangen worden sind, von denen sich jeder gestützte Mensch mit dem größten Abscheu abwenden wird.

Die Tatsache, daß im Bürgerkrieg über das Maß des notwendigen Kampfes hinaus ungehörige Ausschreitungen der Bestialität auf beiden Seiten nicht zu vermeiden sind, kann aber dem Kommunismus keineswegs zur politischen Entlastung dienen, sie führt nur zu seiner vollständigen politischen Verurteilung. Denn die Kommunisten sind es ja, die ganz offen und eingestanden den Bürgerkrieg wollen, sie können also die Verantwortung für die Erscheinungen des Bürgerkrieges nicht von sich abwägen, am allerwenigsten dann, wenn sie auf ihrer eigenen Seite in Erscheinung getreten sind. Wer an die Gewalt appelliert, um die Rechtsordnung der Demokratie zu zerstören, der ist der Schuldige, mag er Kommunist oder Monarchist sein.

Leider wird aus dem Münchener Prozess auch die realistische Sironung neue Kraft ziehen, die gerade im Süden in bevorstehender Weise zunimmt. Die ermordeten Mitglieder der Thule-Gesellschaft sind Märtyrer der Reaktion, und es ist immer gefährlich, einer Bewegung Märtyrer zu schaffen. Man wird auf die klüglichen Schicksalopfer hinweisen und dem Volke sagen: „Seht, daß sind die Früchte der Revolution!“ Dagegen sagen wir Sozialdemokraten nur sagen, daß das, was in München geschehen ist, mit der Revolution, wie wir sie stets verstanden haben, nicht das allermindestens zu tun hat und daß in unjüngeren Tagen die Kommunisten mindestens so gefährliche Gegenrevolutionäre sind, wie nur die fanatischsten Anhänger des alten Regimes.

Wie die rotgardistischen Grenellaten von München nur das Gegenbild ähnlicher „weißgardistischer“ Taten sind, so ist der ganze Kommunismus nur das Gegenbild der militärischen Reaktion. Diese kann man mit Rußland nicht bekämpfen, man kann ihr mit ihnen nur helfen zu liegen. Die militärische Reaktion entbehrt aber jeder Bekämpfungsmöglichkeit und ist zum Absterben verurteilt, wenn die Arbeiterklasse für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sorgt und zum Schutz der demokratischen Republik einmütig zusammensteht.

Rechte Nachrichten.

§ 61 der Reichsverfassung für nichtig erklärt. Berlin, 18. Sept. (Privattelegr.) Wie die Abendblätter melden, hat der Ausschuß der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten die Unterzeichnung des Protokolls zur Nichtigkeitsklärung des Artikels 61 der Verfassung zugestimmt. Die Reichsregierung wird der Enterte durch Herrn v. Versner mitteilen lassen, daß Deutschland ihrem Eruchen nachkomme.

Die Autonomie Oberschlesiens.

Berlin, 18. Sept. (Privattelegramm.) Ueber den Regierungsentwurf, wodurch Oberschlesien Selbständigkeit als Provinz erhalten soll, wird der „B. Z. u. M.“ berichtet: Es wird zunächst ein ober-schlesischer Landesrat geschaffen werden, der vorläufig aus allen ober-schlesischen Mitgliedern aller Parteien der preussischen Landesversammlung und der Deutschen Nationalversammlung besteht. Durch Kooptierung sollen auch die Polen in einem ihrem Stimmverhältnis bei den Wahlen zu den verfassunggebenden Versammlungen entsprechenden Zahl in den Landesrat aufgenommen werden. Der Landesrat wird

einen Staatsrat aus drei Männern wählen, der die Verwaltung der Provinz führen soll.

Neue Reichsanleihen.

Berlin, 18. Sept. Wie verlautet, wird das Reich schon in aller nächster Zeit mit einem Anleihebegehren an die Öffentlichkeit herantreten. Die neuen Anleihen werden mit besonderen Rechten ausgestattet sein, sagen Prämienanleihen. Sie genießen auch besondere steuerliche Begünstigung: namentlich ist solche bei der Erbschaftsteuer für sie in Aussicht genommen. Die Anleihen sollen so gestellt werden, daß sie nicht nur der Spekulation einen besonderen Anreiz gewähren, sondern allen Kapitalisten, auch den kleinsten, begehrtestwert erscheinen. Eine Schädigung der Kriegsanleihe soll grundsätzlich und unter allen Umständen vermieden werden.

Die Verreichlichung der Eisenbahnen.

Leipzig, 18. Sept. Heute fand in Leipzig unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers Bell eine Besprechung sämtlicher Mitglieder der deutschen Eisenbahnerverbände über die Ueberführung der Staatsbahnen auf das Reich statt. Hierbei wurde hinsichtlich aller zur Erörterung gestellten Fragen ein befriedigendes Einverständnis erzielt.

Der Friedensvertrag in der französischen Kammer.

Paris, 18. Sept. In der gestrigen Sitzung der französischen Kammer wurde die Beratung des Friedensvertrages fortgesetzt mit einer Rede des Arbeitsministers Colliard, der erklärte, daß die Alliierten bereit seien, den Gedanken der Zulassung der deutschen Delegierten zu den Fragen der internationalen Arbeit aufzunehmen. Der Kolonialminister Simon behandelte die kolonialen Fragen und bezog es als Pflicht, die Deutschen aus ihren früheren Kolonien zu verjagen, in denen sie die Wirtschaft der Bevölkerung dieselben Methoden wie in den besetzten gezeigten Ge bieten angewendet hätten.

D'Annunzio in Fiume.

Vern, 18. Sept. Die italienischen Zeitungen können wie der eigene Nachrichten über die Vorgänge in Fiume veröffentlichten. D'Annunzio erließ ein Manifest an die Schiffsbesatzungen, laut dem er die Kommandogewalt übernimmt und erklärt, Fiume aus übertriebene Verbildung zu wollen. Er sandte ferner einen Brief an den Kriegsminister und einen Aufruf an das italienische Heer. Der aus Ftrien erfolgende Anmarsch zweier Divisionen unter General de Robilant wird in Fiume nicht besonders beachtet, da man überzeugt ist, daß es die Regierung zu keinem blutigen Zusammenstoß kommen lassen wird. Die Lebensmittelzufuhr vom Meer und auf dem Landwege ist für Fiume nunmehr völlig abgeschnitten.

Vern, 18. Sept. D'Annunzio sprach in einem Schreiben an Oberst Ronzoni, dem früheren italienischen Generalkonsul in Fiume, in außerordentlich kritischen Worten von der italienischen Regierung und erklärte gegenüber der Regierungsdirektion, seine Truppen als Ueberläufer zu betrachten, daß ganz Italien mit ihm sei, wenn er Fiume bis zum letzten Augenblick verteidigt. Er fordert in einem Manifest an die italienische Nation das Volk auf, geschlossen hinter ihn zu treten.

Der Friedensvertrag für Bulgarien.

Berlin, 18. Sept. Der Oberste Rat der Alliierten, der nach dem „Journal des Debats“ jetzt in eine diplomatische Konferenz umgewandelt wurde, hat gestern den bulgarischen Friedensvertrag endgültig angenommen. Er wird Freitag vormittag der bulgarischen Friedensdelegation im Quai d'Orsay überreicht werden.

Nach dem „Temps“ wird Thrazien bestimmt an Griechenland fallen. Die Bulgaren werden einen freien Zugang zum Ägäischen Meere erhalten und zwar unter wäher sehr zureichenden Bedingungen.

Die Schweiz gegen den Völkerverbund.

Vern, 18. Sept. In einer gestern Abend in Bern abgehaltenen, zahlreich besuchten Volksversammlung referierten Dr. G. Sprecher und Nationalrat Gelpke über die Versäiler Völkerverbände, wobei sie sich gegen den Eintritt in den Völkerverbund aussprachen. Zum Schluß wurde von der Versammlung folgende Resolution einstimmig angenommen: Die am 17. Sept. in Bern tagende Volksversammlung lehnt in unzweifelhaftem Glauben an die nationale Bestimmung der Schweiz den Beitritt zum Völkerverbund ab. Dieser Bund würde als lebensunfähiges Gebilde den Keim der Zersetzung in sich tragen und die Schweiz ihrer Neutralität und Eigenart berauben.

Lloyd George zur Abrüstungsfrage.

London, 18. Sept. Lloyd Georges hat gestern Abend in einer gedrängt vollen Sitzung des internationalen Abrüstungskongresses eine Rede gehalten, in der er sagte: Die alte Ordnung sei mit dem deutschen Heer, das die Welt bedroht, für immer hinweggegangen. Durch den Abau der Großen, Saksburger und Romanows sei die Welt reicher und stärker geworden. Er hoffe, daß alle großen Rüstungen verschwinden würden. Bezüglich des Völkerverbundes sagte Lloyd George, man müsse befürchten, daß das Chaos einander bekämpfender Nationen fortbestehen werde, wenn nicht die Macht der vereinigten Völker der Welt auf dem Frieden bestehe.

Briefkasten der Redaktion.

Mörsch. Die Kinder von Geschwistern dürfen einander heiraten. A. L. Kastatt. Bezüglich Freitag Notiz richtig verurteilt! Verantwortlich: für Retarditel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Rechte Nachrichten Hermann Kadel; für Wobische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Beiliegendes Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Luitensirke 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Verband der Steinarbeiter.) Samstag, 20. Sept. abends 8 Uhr, Versammlung im „Großherzog Friedrich“ Reichensirke. 4550 Der Vorstand. Karlsruhe. (Naturfreunde.) Sonntag, 21. Sept. Tagesausflug. Abf. 4.00 Uhr nach Liebenthal Montag, 22. Sept. abends 8 Uhr Gausauskunftung. Karlsruhe. (Arbeiter-Abfahrerbund „Solidarität“) Sonntag den 21. Sept. Tagesausflug nach Rüppurr, Gailhaus zum Grünen Baum“. Abmarsch 1/3 Uhr. Näheres siehe tägige Anzeige.)

Elektrische Licht- und Kraftanlagen
Telephon- und Klingelanlagen.
Techn. Büro.
 Ingenieurbesuch u. Kostenvoranschläge ohne jede Verbindlichkeit. 6435
 Lager in:
Belichtungskörper, Metalldraht und Halbwattlampen
Busold & Nied
Blechnerei und Installations-Geschäft.
 Gesundheitstechnische Anlagen.
 Hirschstrasse 12. Fernsprecher 414.

Aufgebotsverfahren.
 Fräulein Rosa Wagner, Näherin hier, Pultstr. 20, hat den Antrag gestellt, ihr abhandeln gekommenes Sparbuch Lit. J. Nr. 2449 mit einer Einlage von M. 280, — für kraftlos zu erklären.
 Der Inhaber des genannten Buches wird hiermit aufgefordert, solches binnen eines Monats, von der erfolgten Einrückung an gerechnet, bei der unterzeichneten Stelle vorzulegen und seine Ansprüche geltend zu machen, widrigenfalls die Kraftlosklärung des Sparbuches erfolgen wird.
 Karlsruhe, 15. Sept. 1919.
 Städt. Sparkassenamt.

Handels-Hochschulkurse
Karlsruhe.
Winter-Semester 1919/20.

Beginn: 29. September 1919. Dauer: 16 Vortragswochen.
 Die Vorlesungen finden in der **Technischen Hochschule** — im Aulabau — statt und beginnen **pünktlich 8 Uhr abends.**

1. Rechtswissenschaft.
 Kredit- und Kreditsicherungsgeschäfte. Dozent: Herr Oberlandesgerichtsrat Mainhard Karlsruhe. Jeden Montag, abends 8 Uhr. Beginn 29. September.

2. Volkswirtschaftslehre.
 Der Handel, Handelsorganisation und Politik. Dozent: Herr Geheimrat Dr. von Zwiadneck-Südenhorst, Professor an der Technischen Hochschule Karlsruhe. Jeden Dienstag, abends 8 Uhr. Beginn 30. September.

3. Finanzwesen.
 Die kommenden neuen Reichssteuern. Dozent: Herr Dr. Jos. Rheinboldt, Excellenz, ehemal. Großh. Badischer Finanzminister. Jeden Freitag, abends 8 Uhr. Beginn 10. Oktober.

4. Privatwirtschaftslehre.
 Grundzüge der Bearbeitung von Bilanzen. (Halbsemesterkurs). Dozent: Herr Bankier Dr. Stein, Karlsruhe. Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr. Beginn 2. Oktober.

5. Verkehrswesen.
 Politik und Technik der Eisenbahnbahn- (Halbsemesterkurs). Dozent: Herr Stadtrechnungsrat Pfeiff vom Städt. Hafenamt Karlsruhe. Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr. Beginn 4. Dezember.

Die Besuchsgebühren betragen für das Wintersemester:

- 1. Für sämtliche Kurse Mk. 12.—
- 2. Für einen Semesterkurs 4.—
- 3. Für einen Halbssemesterkurs 2.—

Für Kaufmännische Angestellte:

- 1. Für sämtliche Kurse Mk. 20.—
- 2. Für einen Semesterkurs 6.—
- 3. Für einen Halbssemesterkurs 3.—

Anmeldungen gegen Vorauszahlung der Besuchsgebühr werden in folgenden Buchhandlungen ab Donnerstag, den 18. 9. 1919 entgegengenommen:
 A. Bielefeld's Hofbuchhandl., E. Kundt, J. Linck's Buchhandlung, Weststadtbuchhandl. Ernst Lätzerath. Karlsruhe, September 1919. 6357

Das Kuratorium.

Wir empfehlen:

Taschen in la Leder, Kunst-Leder Segeltuch und Imitation
Reisekörbe, Marktkörbe, Handarbeitskörbe in verschied. Formen u. Ausführungen
Rucksäcke in la Stoff mit u. ohne Lederriemen
Schaffneraschen Damentaschen
Reisetaschen Besuchsaschen
Geschäftstaschen Geldbeutel
Sporttaschen Taschen f. Papiergeld
Markttaschen aus Segeltuch u. Wachstuch
Schulranzen in la Leder, Segeltuch und Imitation 6185
Schultaschen in Wachstuch

Koffer-Haus Geschw. Lämmis
 51 Kronenstrasse 51.

Fahrrad-Gummi
 erstklassige franz. Auslandsware in großen und kleinen Rollen prompt lieferbar.

Carbid-Lampen
 kauft man jetzt schon billiger, da die Anschaffungen für den Winter schlecht. Prompter Versand nach auswärts.

Hartung & Rieger
 Telefon 3211. Marienstr. 63.

Telephon 5448 **Fritz Schindler** Telephon 5448

Neu! Der Verächter des Todes

Der weltbekannte Sturzflieger wird am **Sonntag, den 21. und Mittwoch, den 24. September 1919** auf dem grossen Exerzierplatz bei der Grenadierkaserno seine tollkühnen Todesfahrten **Fliegen präzisi 5 1/2 Uhr** am Flugzeug zwischen 4 bis 7 Uhr vorführen. **Fliegen präzisi 5 1/2 Uhr**

Während der Zeit **grosses Konzert.** Für gute Restauration ist Sorge getragen.

Vorverkauf: 6456
 Zigarrenhaus Pfeiffer, Marktplatz | Zigarrenhaus Martin, Kaiserstrasse 183
 " Schmidt, Kaiserstrasse 93. | " Mansbacher, Waldhorstr. 53
 Musikalienhandlung Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Waldstrasse.

Bei schlechter Witterung findet die Vorführung am nächstfolgenden schönen Tage statt.

Preise der Plätze: Startplatz Rasen
 5 Mk. 2 Mk.

— Ein Teil des Reingewinnes wird der Gefangenenfürsorge überwiesen. —

Das Betreten des Flugplatzes ist wegen der damit verbundenen Lebensgefahr polizeilich verboten. **Das Komitee.**

Weisser Käse.
 Verkauf von weissem Käse Donnerstag, den 18. September bis Samstag, den 20. September 1919, in der Feilkaufsstelle Nr. 96 an die dort eingetragene Kaufmannschaft gegen die Warenmarke J. Nr. 119. Stückmenge 1/4 Pfund. Preis M. 1.20 für das Pfund.
 Karlsruhe, den 17. September 1919. 6452
 Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Pferdefleischverkauf.
 Einführung der Marke 9.
 Serie D. Siegelrote Karlen. Verkaufsstelle Finkenstr. 99.
 Montag Nr. 16746—18500 vor. Nr. 18501—20200 nach.
 Dienstag . 20201—22000 . . . 23001—23700 .
 Mittwoch . 23701—25500 . . . 25501—27200 .
 Donnerstag. 27201—28900 . . . 28901—30500 .
 Stückmenge 125 Gramm Fleisch oder Würst.
 Karlsruhe, den 19. September 1919. 6450
 Städt. Fleischamt.

Herren- u. Damen-Kleiderstoffe
Hemdenflanelle
Schürzenstoffe
Leinen und Halb-leinen 6128
Hemdentuche
Wollene Decken
 empfiehlt in guten Qualitäten

Adolf Kahn
 Karlsruhe-Mühlburg.

Klavierstimmungen
 unter Zusicherung fachmännischer Ausführung und schnellste Bedienung durch 6415

Odeon-Musikhaus
 Karlsruhe, Kaiserstr. 175. Tel. 339.
 Telephonische Bestellung genügt.

Hausierer (innen)
 erhalten lohnende Gebrauchartikel und Neuheiten die gerne gekauft werden. 6458

Wiegand,
 Karlsruhe, Amalienstrasse 39, 2. Stof.

Wirtschaft zur „Platane“.
 Bekannt für gute Speisen, der Zeit entsprechend. Bier, hell und dunkel aus der Brauerei Pring, gute reine Weine, bürgerlichen 5932

Mittags- und Abendtisch
 Kleines Nebenzimmer zu vergeben. Herren zum Essen werden angenommen. Es empfiehlt sich **Karl Kerner u. Frau.**

Obstlieferung.
Äpfel, Birnen, Zwetschgen, jedes gewünschte Quantum täglich versandbereit bei
M. S. Rimmelpacher
 Obstgroßhandlung
 Muggensturm bei Kastatt.
 Fernruf Amt Kastatt 507. 6224
 für Wiederverkäufer günstige Gelegenheiten.

Schreib-Maschine
 gebraucht, zu kaufen gesucht.
Buchdruckerei Volksfreund
 Luisenstr. 24, Tel. 128.

Hausburische
 Stadtkundig, Radfahrer, suchen per sofort 6400
Spiegel & Wels.

Dreisgauer
Kunstmotorsatz
 Können Sie beim Einkauf genau auf obige Schutzmarke. Nicht die Packung, auch nicht die Form, sondern der Gehalt bestimmt die Güte.
 Verkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich.

Druckladen liefert die
Buchdruckerei Volksfreund 81 Jahre alt.

Billig zu verkaufen:
 Mahagoni-Garnitur, Sofa, 3 Sessel, 2 Kauteris, Blüsch, Diban, Kissen, Kommode, Tischkommode, Nachttische, Schiffschrank, Schränke, Tische usw. 6431
 Krämer's Möbelhandlg., Kaiserstrasse 99, Eingang Waldhorstrasse.

Bäcker
 welcher selbständig arbeitet, unter günstigen Bedingungen gesucht. 6449
 Bewerber wollen sich melden im Gasthaus „Zum Hirsch“ Sambrücken.

Möbliertes Parterrezimmer
 in der Südstadt in Haus mit Einfahrt von Dauermieter gesucht. Gefl. Anerbieten an das Volksfreundbüro unter Nr. 50 erbitten.

Bettmatten
 kein Bettmatten mehr. Alter u. Geschlecht angegeben. Auskunft umsonst.

Vers. Medika la Mäntchen S.w. 7.
Zigaretten 100 Stück 10 M., gibt ab Nieß, Gräfelfing.

Gebrüder Scharff
 Wir empfehlen
Zwiebeln
 erstklassige, grossstückerige Dauerware, zum Einlagern für den Winter-Bedarf sehr geeignet
 Pfd. 30 Pfg.
 Versand nach auswärts gegen Nachnahme.
 Leere Säcke müssen eingesandt werden.
 6447

Gebrüder Scharff
 Wir empfehlen
Zwiebeln
 erstklassige, grossstückerige Dauerware, zum Einlagern für den Winter-Bedarf sehr geeignet
 Pfd. 30 Pfg.
 Versand nach auswärts gegen Nachnahme.
 Leere Säcke müssen eingesandt werden.
 6447

Gebrüder Scharff
 Wir empfehlen
Zwiebeln
 erstklassige, grossstückerige Dauerware, zum Einlagern für den Winter-Bedarf sehr geeignet
 Pfd. 30 Pfg.
 Versand nach auswärts gegen Nachnahme.
 Leere Säcke müssen eingesandt werden.
 6447

